

Volksrecht Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3666-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 600, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preis: zum Teil 32 Pfennig, Familien-Anzeiger: zum Teil 20 Pfennig, keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. ^[Anzeiger] _[15 Pf.] Nr. 503

DONNERSTAG, 20. OKTOBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Bapen im Kreuzverhör Zwischenbilanz der Finanzen

Gibt die Reichsregierung Presse-Subventionen?

Von RICHARD WINNERS

Reichsanwalt der Bapen und Staatssekretär Pland ergründen gestern nachmittag vor dem Repper-Untersuchungs-ausschuss des Landtags, um zu dem Kapitel „Regierung und Presse-Subventionen“ auszufragen. Die Verhandlung wurde besonders interessant dadurch, daß sie sich von der Vergangenheit, dem Fall „Köllnische Volkszeitung“, der Gegenwart zu wandte. Der Reichsanwalt und sein Staatssekretär standen in einem Kreuzverhör heftiger Fragen, die sie hielten durch, und verstanden es meisterhaft, Fragen zu beantworten, ohne eine eindeutige Auskunft zu geben. Die nervöse Spannung der Sitzung entlud sich in zahlreichen, nicht immer motivierten Heiterkeitsausbrüchen.

Abg. Nau (Hann.) weist darauf hin, daß Finanzminister Repper sich bei seinen Subventionen auf ein gewisses Gewohnheitsrecht berufen habe. „Es wäre doch einmal interessant, zu erfahren, ob von Ihnen, Herr Reichsanwalt, diese Praxis fortgesetzt wird.“ So möchte er wissen, ob das Reich oder das Reichswehrministerium auf der „Täglichen Rundschau“ beteiligt ist.

Der Reichsanwalt erwidert: Außer den im Reichshaus voll ausdrücklich zur Verfügung stehenden Mitteln, die in den Etatspositionen feststehen, stehen meiner Regierung keinerlei Mittel zum Zweck der Pressebeeinflussung zur Verfügung. Darüber, daß das Reichswehrministerium auf der „Täglichen Rundschau“ in finanziellen Beziehungen stehen soll, habe ich nur durch die Presse erfahren.

Abg. Nau (Hann.): Haben Sie sich denn als Kanzler nicht keine Reichswehrministerium erkundigt, ob das stimmt? Auch die „Berliner Morgenzeitung“ soll nach dem Reichswehrministerium erhalten haben.

Reichsanwalt: Ich habe keine Verantwortung, über diese Gerüchte mit meinen Ministern zu sprechen.

Abg. Nau (Hann.): Haben Sie sich doch nichts Ähnliches, Reichsanwalt: Ich stelle anheim, den Herrn Reichswehrminister zu laden.

Abg. Nau: Ich glaube, der Ausschuss sollte die nötige Anregung folgen. Mir ist bekannt geworden, daß ein Herr, dessen Name schwer zu behalten ist, Meinelwitz oder so ähnlich, im Auftrage des Reichswehrministeriums zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung unterwegs ist. (Gewinnt sich der Mittelreifer zum Mitleidigen.)

Abg. Gilliat (Ess.): Würden Sie die Förderung einer Zeitung durch den Staat aus staatspolitischen Gründen verurteilen? Reichsanwalt: Reinesse.

Abg. Gilliat: So möchte wissen, ob der „Deutschen Tageszeitung“ über die Subskription eine Million Mark zugewiesen ist.

Reichsanwalt: Darüber kann ich nichts sagen.

Abg. Gilliat: Sie können darüber nichts sagen?

Reichsanwalt: Ich kann nur wieder sagen, daß Staatsmittel dafür gar nicht zur Verfügung stehen.

Abg. Gilliat: Der Reichstag hat eine große Anzahl von Dispositionen die nicht genau ureifen sind.

Reichsanwalt: Es gibt nur zwei Dispositionen, die überhaupt für die Presse in Betracht kommen könnten: eines des Reichsanwalts, der mit 150 000 Mark dotiert ist, und einen der Presseabteilung mit 50 000 Mark. sonst ist mir keine andere Quelle bekannt.

Abg. Mubs (Halle): den Reichsanwalt fragt, ob er bemerkt, als er die Germania-Atten erwarb, schon Verbindung mit den Deutschnationalen aufgenommen hätte, welche finanzielle Vorteile, in die auch der Reichsanwalt einfließen. Der Reichsanwalt erwidert dann, er habe den Attentat der Germania gekannt, um einen konsequenteren Einfluß bei diesem Organ zu schaffen, für den er bekanntlich innerhalb des Zentrums gearbeitet habe.

Die Vermutung des Reichsanwalts ist damit beendet. Nun wird der Staatssekretär der Reichsanwalts Pland befragt, und er erklärt, daß im Reichsanwaltsrat für die Beeinflussung der Presse keine anderen Mittel zur Verfügung standen als die Dispositionen des Reichsanwalts und der Presseabteilung. Er führt fort: Unmittelbar oder mittelbar ist meines Wissens keine Unterstützung oder Beeinflussung der deutschen Presse durch die jegliche Regierung erfolgt.

Als Abgeordneter Mählinger (St.) an den Staatssekretär die Frage richtet: Sind von den 150 000 Mark, die dem Reichs-

anwalter zur Verfügung stehen, Beträge an die Presse gezahlt worden? erwidert unter allgemeiner Bewegung Staatssekretär Pland:

„Ich bin zu einer Aussage darüber nicht ermächtigt. Meiner Meinung nach ist dieser Fonds zum Teil so dazu da. Auch die Ausgabe darüber, was aus dem Dispositionsfonds der Presseabteilung etwas erhalten hat, verweigert der Staatssekretär.“

Abg. Nau (Hann.) behält sich den Antrag vor, die Auslage-Gewöhnlichkeit für den Staatssekretär Pland nachzufragen.

Abg. Mubs (Halle) fragt: Könnten diese Mittel auch für staatspolitische Zwecke verwendet werden?

Staatssekretär Pland: Die Verwendung unterliegt dem Ermessen des jeweiligen Reichsanwalts und der Überprüfung durch den Präsidenten des Rechnungshofes. Daß die jegliche Regierung sie nicht in diesem Sinne verwenden wird, liegt im Charakter dieser Regierung. (Stirnliche Seiterlei.)

Reichsanwalt Dr. von, Bevollmächtigter des Direktoriums der Pressepresse, berichtet von der Stellung des Unterermens des Königlich Preussischen Hofes, der zusammen mit Direktor Fetschmann in Köln vorgenommen hatte.

Als der Abg. Dr. Mubs (Halle), von dem Jagen erfahren wird, ob Generalraton Mubs im Moment der Verhandlung über die Vertust des Redits Beisid gewußt habe, findet Dr. von unter allgemeiner Seiterlei die folgende Antwort: „Es kann sein, daß ich das damals wußte, es kann auch sein, daß ich es damals nicht wußte. Heute weiß ich jedenfalls nicht mehr, ob ich es damals wußte.“

Der Ausschuss vertagt dann die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag, 10 Uhr.

Sowjachs Abschied von Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 19. OKTOBER

Das heutige Abschiedsfrühstück für den deutschen Botschafter von von Soehls am Quai d'Orsay gestaltete sich zu einer aufdringlichen Empfindungsbeziehung für den scheidenden Botschafter, der zwölf Jahre lang in Paris zeitweise unter den schwierigsten Verhältnissen das Interesse des Reiches wahrzunehmen und sich redlich um eine verständnisvolle Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich bemüht hat. Ministerpräsident Herriot hatte zu Ehren des Botschafters weit über den üblichen Kreis hinaus Mitglieder der französischen Regierung geteilt, an der Abschiedsfeier teilzunehmen.

Ministerpräsident Herriot widmete dem scheidenden Botschafter ungewöhnlich herzliche Worte des Abschieds. Er betonte nachdrücklich, daß Botschafter von Soehls sich große Verdienste um die Verständigung und durch die zielbewusste Vertretung der deutschen Interessen, zugleich aber auch durch die Erweckung seines Wissens und durch auf langjährige Erfahrung beruhendem Verständnis für das französische Volk und Land allgemeine Achtung in Frankreich erworben habe. Man sehe ihn deshalb mit großem Bedauern von seinem Posten scheiden, an dem er stets zur Bewältigung eines besseren Verhältnisses für Deutschland und Frankreich tätig gewesen sei. Das Ziel bleibe bestehen, und er glaube, daß trotz aller Schwierigkeiten dieses Ziel nicht unerreichtbar sei.

Um dem Botschafter den besonderen Dank der französischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, überreichte der Ministerpräsident Herr von Soehls eine Tafeldekoration der kaiserlichen Götter-Manufaktur. Botschafter von Soehls dankte für die Worte des Ministerpräsidenten und für das Abschiedsgesand. Auch seine Rede war auf einen sehr hohen und hoffnungsvollen Stand gekommen. Er habe in den zwölf Jahren seiner Tätigkeit in Paris so gewaltige und schier ununterschiedbare Probleme sich stellen und schließlich doch lösen sehen, daß er nicht mehr an die Unmöglichkeit einer befriedigenden Regelung einer politischen Frage glauben könne.

Am Abschied an seine Dankesworte überreichte der Botschafter dem Ministerpräsidenten die Goethe-Medaille, die Herriot, wie berichtet, am 28. August dieses Jahres vom Reichspräsidenten Hindenburg verliehen worden ist.

In der nächsten Woche wird Botschafter von Soehls auf seinen neuen Posten nach London überfiebern.

Herrn von Papen wird es wirklich nicht leicht gemacht, die angestrebte Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk zu bringen. Die Prüßler der katholischen Arbeitervereine schreiben in ihrem offenen Brief, daß der Reichsanwalt die Stimme der breiten Volksfront nicht höre, da er auf der Rennbahn und bei Ausstellungen erpische, aber nicht dort, wo die Volksmassen sind, die dem Schicksal der Weltgeschichte am bittersten heimgeführt werden. Sie sagen, daß zu keiner Zeit „eine so tiefe Umkehr, Verbilligung, Güterung durch das Arbeitsvolk“ gegangen sei, wie jetzt. Daß die Reichsregierung durch die Subventionierung der Rede und die ganze Anstaltung auf Kosten der Arbeitnehmer „nicht der Arbeit-Initiative, sondern dem Kommunismus eine Chance ergebe“ habe. All diese Kritik, so sagt der Kanzler, „geht von völlig falschen Voraussetzungen aus.“ Mißverständnisse sind das alles, oder eigentlich sogar, da es ein Streich ist, „das Aufbauprogramm der Reichsregierung gerügt zu labotieren“, „Abhaltung“, „armelige Partei-Verordnung“, „die Reichsregierung läßt sich von niemandem an sozialer Gestaltung überreifen“ und sie ist „sich ihrer Verantwortung bewußt.“

Und da das so und nicht anders ist, hat die Reichsregierung daran gedacht, daß die Rückgaben der Juni-Bezugsordnung den Berungen nachdrücken. Sie hat eine Witterung der Härten ihrer Beerdigung vorgenommen. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosen-erhöhung, und in der Sozialversicherung werden einige Bestimmungen der Dezember-Änderung beibehalten, wodurch sich wieder in einzelnen Fällen höhere Leistungen möglich sind. Das ist gewisslich richtig und gut, denn es war von vornherein klar, daß die Kürzungen der Juni-Bezugsordnung sich nicht werden durchhalten lassen. Der nächsten Juliessen stellt sich allerdings heraus, daß die Witterungen, die von den Dispositionen schon als ihr alleiniges Verbleib mit Rücksicht auf die Wahl in Anspruch genommen worden sind — weshalb es für die Regierung gar keinen Zweck hat, sich noch in dieser Richtung zu bemühen — weniger in der Sozialversicherung, sondern in der Sozialversicherung in der Sozialversicherung gefunden sich auf 800 Millionen. Es ist in das Belieben der Verdingenmacher gestellt, ob sie von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen wollen oder nicht. Die Erfüllung der Leistungen ist von der Entwidlung der Finanzen abhängig, und für die haben wir alle eine lange Reihe zur Verfügung, aber keine Gewißheit. Schon das muß die Freude über die Beibehaltung der untagbaren Bestimmungen etwas dämpfen. Noch bedenklicher scheint die ganze Sache — deren vollständige Klarheit ist die ganze Zweifel ist — unter dem Gesichtspunkt der Finanzpolitik.

Herr von Papen hat sich bei seinen Reisen darauf bedacht, von dem zu sprechen, was sein jeweiliges „Volk“ gerne höre. So kann man ihm schließlich nicht verdenken, denn bei so viel „Mißverständnissen“ will Zweifel aus den Ohren eines autorisierten Kanzlers wohl. Aber ein Wort hätte er doch wenigstens sagen sollen, wie es um die öffentlichen Finanzen steht. Nur hätte allerdings dann vielleicht der Reichsanwalt nicht, was er ermannt, so erheblich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. 1820 Millionen soll das ganze Jahr bringen, 543 Millionen sind in den ersten fünf Monaten aufgenommen. Auch bei der Einkommensteuer tritt eine Differenz auf, deren Größe sich noch nicht übersehen läßt. Der Ertrag ist mit 700 Millionen für das ganze Jahr veranschlagt und hat in den ersten fünf Monaten, in denen allerdings nur ein Fünftelstermin lag, 177 Millionen erbracht. Der Ertrag ist, wie zu ermannt, von 500 Millionen im freibleibend, doch wird sich noch zeigen müssen, ob die Posten der Einführungsmittel nicht auch ihre Ausfälle bringt. Insgesamt waren bis Ende August 2806 Millionen an Steuern und Zöllen aufgenommen, gegenüber einem Jahreslof von 7484 Millionen. Rechnet man die bisherigen Einnahmen unter der Annahme eines gleichmäßig weiterfließenden Ertrages auf das ganze Jahr um, so ergibt sich gegenüber dem Voranschlag ein Minus von 731 Millionen.

Es erwies sich eben doch, daß Zahlen darüber hartnäckig sind. Das jährliche Kommando kann sie nicht zum Parieren bringen. Es ist das Glück der Reichsregierung und des Reiches, daß dieses zwar nicht unermarckelt, aber doch unan-